

KOMMENTAR

China in der
Schuldenfalle

Von
Stephan Kaufmann

Besser als erwartete Exportzahlen Chinas haben am Mittwoch Asiens Aktienmärkte steigen lassen und der hiesigen Börse ebenfalls Gewinne beschert. Man ist es inzwischen gewohnt, dass Nachrichten aus Fernost die Kurse bestimmen – vergangene Woche hatte ein Crash an Chinas Aktienmärkten weltweit zu Verlusten geführt. Dabei sind Chinas Börsenkurse gar nicht das Problem. Sondern seine Schulden.

Angetrieben wurde Chinas spektakulärer Wirtschaftsboom der vergangenen Jahre vor allem von den Investitionen – in Maschinen, Anlagen und Immobilien. Finanziert wurden diese Investitionen

zum großen Teil auf Kredit. Seit 2007 hat sich Chinas Schuld – Unternehmen, private Haushalte und Staat – auf 30 Billionen Dollar vervierfacht. Nun stehen die Maschinen, Fabriken und Häuser da, als billionenschwere Ansprüche auf Rendite. Doch die stellt sich vielfach nicht wie erwartet ein. Der Kreditboom hat gigantische Überkapazitäten geschaffen. Darüber wird der gesamte Schuldendienst zweifelhaft.

Chinas Kommunisten haben sich in etwas hineingewirtschaftet, das Karl Marx einst als Überakkumulation bezeichnete – es gibt zu Kapital. Marx sah dafür nur eine Lösung: Entwertung. Das bedeutet: Pleiten, Wertverfall, Verluste. Doch genau das will Peking nicht zulassen und stützt deshalb marode Betriebe mit immer neuem Kredit. Kein Wunder, dass die Börsenkurse tanzen.

Chinas Kommunisten haben sich in etwas hineingewirtschaftet, das Karl Marx einst als Überakkumulation bezeichnete – es gibt zu Kapital. Marx sah dafür nur eine Lösung: Entwertung. Das bedeutet: Pleiten, Wertverfall, Verluste. Doch genau das will Peking nicht zulassen und stützt deshalb marode Betriebe mit immer neuem Kredit. Kein Wunder, dass die Börsenkurse tanzen.

Neue Regeln
für die Bahn

Netzagentur muss künftig
Trassenspreis genehmigen

Die Bundesregierung will den Wettbewerb auf der Schiene mit strengeren Regeln für die Deutsche Bahn stärken. Die für das Gleisnetz zuständige Konzern-Tochter muss die Nutzungsgebühren, die sie von allen Verkehrsanbietern kassiert, künftig schon vorab von der Bundesnetzagentur genehmigen lassen. Das sieht ein Gesetzentwurf von Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) vor, den das Kabinett am Mittwoch beschloss.

Ziel seien mehr Transparenz bei den Entgelten und uneingeschränkte Zugangsrechte für Bahn-Konkurrenten. Vorgesehen sind zudem Anreize, die Kosten fürs Netz und damit Nutzungsgebühren zu senken. Die bundeseigene Bahn betreibt das gut 33 000 Kilometer lange Schienennetz. dpa

Gutes tun wird schwieriger

Niedrigzinsen bringen Stiftungen in Bedrängnis / 82 Prozent erwarten, dass weniger Projekte gefördert werden können / „Kein Stiftungssterben“

Von Nina Luttmmer

Viele Projekte in Deutschland, sei es im Bildungs-, Kultur- oder Umweltschutzbereich, müssen sich auf einen noch härteren Kampf um Finanzmittel einstellen. Denn Deutschlands Stiftungen, die viele gemeinnützige Vorhaben finanzieren, leiden stark unter den historisch niedrigen Zinsen.

Laut einer am Mittwoch veröffentlichten Umfrage der Unternehmensberatung PricewaterhouseCoopers (PwC) erwarten 82 Prozent der befragten Stiftungen, dass die Fördermöglichkeiten gegenüber den vergangenen vier bis fünf Jahren sinken werden. Insbesondere Stiftungen aus den Bereichen Kunst und Kultur seien davon betroffen, sagte Bertold Theuffel-Werhahn, Leiter der PwC-Stiftungsberatung. 58 Prozent befürchten, dass es wegen der heiklen finanziellen Lage mehr Abwicklungen von und Fusionen zwischen Stiftungen geben wird und 40 Prozent nehmen an, dass künftig weniger Stiftungen neu gegründet werden.

PwC befragte 208 der vermögensstärkeren Stiftungen mit Ausgaben (Verwaltungs- wie Förderausgaben) von mindestens 50 000 Euro im Jahr. Kleinere Stiftungen könnten aber wegen ihrer geringeren Professionalisierung häufig noch größere Probleme haben als die finanzstärkeren – die Probleme der gesamten Branche könnten in der Umfrage daher sogar unterzeichnet sein.

Würzburg, Stadt der Stifter

Derzeit gibt es in Deutschland etwa 20 800 Stiftungen mit einem Gesamtvermögen von rund 100 Milliarden Euro. Deutschland wird oft als Land der Stifter bezeichnet. Die höchste Stiftungsdichte je Einwohner gibt es in Würzburg, gefolgt von Frankfurt am Main und Hamburg, auf Rang vier und fünf liegen Oldenburg und München. Laut Stiftungsrecht müssen Stiftungen ihr Vermögen ungeschmälert erhalten und gleichzeitig aus diesem ausreichend Erträge für ihre gemeinnützigen Zwecke generieren.

Das ist in Zeiten wie diesen gar nicht so einfach. Bedingt durch



Die Stiftung Zuhören fördert mit dem Projekt „Lilo Lausch“ Konzentrationsfähigkeit und Sprachkompetenz von Kindern.

MICHAEL SCHICK

die Finanzkrise haben viele Stiftungen sehr wohl Vermögensverluste erlitten. Laut der PwC-Umfrage streben auch nur 61 Prozent der befragten Stiftungen einen realen Kapitalerhalt an, wobei auch bei denen oftmals Unsicherheit herrscht, ob das überhaupt möglich sein wird. Die übrigen Stiftungen haben sich davon schon verabschiedet, sie setzen nur auf einen Erhalt des nominal-

len Vermögens – die Inflation lassen sie also außer Acht.

„Der Stiftungsvorstand ist in einer Zwickmühle. Einerseits muss er auf Sicherheit gehen, um das Vermögen zu erhalten. Andererseits muss er Erträge generieren, die er für die Erfüllung des Stiftungszweckes braucht“, stellte Norbert Winkeljohann, Vorstandssprecher von PwC-Deutschland die Problematik am

Mittwoch dar. Ein Investment in risikoreichere Anlagen zieht aber nur knapp ein Viertel der befragten Stiftungen in Betracht.

Ein Problem für die Stiftungen: Ihre Verwaltungskosten sinken nicht so schnell wie ihre Förderausgaben. „Wenn aber dauerhaft weniger als 50 Prozent der Ausgaben für die Förderung von Projekten genutzt werden, dann droht der Stiftung die Aberken-

talle setzen – und weniger nur auf sicherere Termingelder, Immobilien und festverzinsliche Wertpapiere.

Was also können Stiftungen tun, um mit der Niedrigzinsphase fertig zu werden? Vieles, fanden die Experten am Mittwoch. Schon jetzt versuchen viele Stiftungen, ihre Kosten zu senken und über Fundraising – sei es durch Spenden oder die Akquise öffentlicher Gelder – ihre Situation zu verbessern.

Ausweg Fusion

Kooperationen und Fusionen von Stiftungen seien eine weitere Möglichkeit. Gerade für kleine Stiftungen – mehr als ein Viertel der Stiftungen hat nur ein Kapital von bis zu 100 000 Euro – könnten Zusammenschlüsse eine Lösung sein, so Schlüter. Auch die Umwandlung in Verbrauchsstiftungen – also Stiftungen, die auf Zeit angelegt sind, bis ihr Kapital aufgebraucht ist – sei eine Option, die jedoch bislang nur selten genutzt werde.

Die PwC-Experten räten Stiftungen auch dazu, stärker von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, bis zu einem Drittel ihres jährlichen Überschusses in die freie Rücklage zu stellen – die später wieder aufgelöst werden kann. „Das geht zwar zu Lasten der Fördermöglichkeiten. Dennoch kann es ein probates Mittel sein, das Vermögen zu stärken und so in den nächsten Jahren über die Runden zu kommen“, sagte Winkeljohann.

Zudem sei es wichtig, dass alle Stiftungen sich eine Anlagestrategie zulegt – rund ein Viertel von ihnen habe für die Geldanlage bisher keine internen Vorgaben und Ziele – und ihr Vermögen stärker zu streuen. Insbesondere kleineren Stiftungen riet Schlüter vom Stifterverband, „nicht alles alleine zu machen“, sondern sich bei der Vermögensanlage mit anderen Stiftungen zusammenzuschließen – oder extern helfen zu lassen, wie etwa durch seinen Verband.

Fazit: Die Stiftungen stehen vor großen Herausforderungen. Grund zur Panik gebe es aber nicht, sagte Schlüter: „Es gibt kein Stiftungssterben.“

Hof-Idylle weicht Tierfabriken

Deutsche Bauern überschwemmen das Ausland mit Billigfleisch

Von Stefan Sauer

Der Bauernhof ist ein Sehenswürdigkeit. Ferkel spielen unter Apfelbäumen, die Kuh macht Muh und der Hahn kräht auf dem Mist, friedvoll, naturnah, gesund. Die meisten Deutschen wünschen sich eine solche Landwirtschaft. Eine, die das Wohl der Tiere achtet, die Umwelt schon und die guten Gewissens zu Salami, Schnitzel und Bratwurst greifen lässt. Seit Jahren steigt die Nachfrage nach ökologisch erzeugten und regionalen Lebensmitteln, jeder Discounter führt heute Bio-Produkte.

In krassm Gegensatz dazu steht die tatsächliche Entwicklung der Fleischherzeugung hierzulande. Die Tiermast nimmt immer stärker industrielle Dimensionen an. Der am Mittwoch veröffentlichte Fleisch-Atlas der Heinrich-Böll-Stiftung zeigt, dass die Zahl der Schweinemast- und Geflügelbetriebe während der vergangenen 20 Jahre drastisch gesunken ist. Zugleich stieg die Gesamtproduktion enorm. Das aber bedeutet: Kleine Betriebe gaben auf, große wurden zu Tierfabriken, Hof-Idyll ade.

Die Böll-Stiftung konkretisiert diesen Trend anhand von Daten des Statistischen Bundesamts. Danach ging die Zahl der Betriebe, die Masthühner halten, zwischen 1994 und 2014 von fast 70 000 auf 4500 zurück. Im gleichen Zeitraum stieg der Jahresausstoß deutscher Hühnerfleischhalter von 342 000 Tonnen auf 972 000 Tonnen. Mithin produziert ein Sechzehntel der einst vorhandenen Betriebe dreimal mehr Fleisch als zuvor. Was das für die Haltungsbedingungen bedeutet, vermag man sich auch ohne Landwirtschaftsstudium vorzustellen. Glückliche Hühner unter freiem Himmel sind sicher die Ausnahme.

Einem ähnlichen Wandel waren Deutschlands Schweinemast-Betriebe unterworfen. Seit 1994 haben neun von zehn Mastern auf, die Zahl der Betriebe ging auf 27 000 zurück. Unter-

dessen nahm die jährliche

Schweinefleischherzeugung um fast 50 Prozent von 3,7 Millionen auf 5,5 Millionen Tonnen zu.

Dass in Bayern und Baden-Württemberg besonders viele Masthuhn- und Schweinehalter vom Markt verschwanden, ist kein Zufall. Denn im Süden finden sich traditionell vor allem Betriebe mit kleinen Flächen, während im Osten und Norden der Republik große Höfe dominieren. Der Konzentrationsprozess wird daher vor allem im Süden sichtbar.

Die Deutschen essen immer
weniger Fleisch, tragen aber
die Schäden der Tiermast

Ein Beispiel: In Mecklenburg-Vorpommern sank die Zahl der Schweinemäster seit 2001 nur um 600, in Bayern betrug das Minus 27 800. Noch augenfälliger sind die regionalen Unterschiede in der Rinderhaltung. Während in den westlichen Bundesländern die Zahl der Rinder- und Milchviehbetriebe nach 2001 um 72 600 zurückging, stieg sie im Osten durch den Bau von Großstall-Anlagen um 6600.

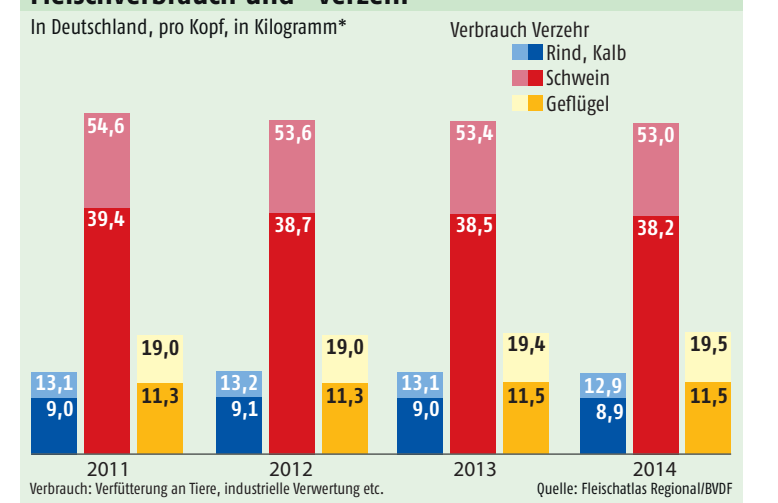
Ein Ende dieser Industrialisierung ist nach Erkenntnissen der Fleisch-Atlas-Autoren nicht in Sicht. Zwischen 2012 und 2015 wurden in 15 Bundesländern mindestens 720 000 neue Stall-

plätze für Schweine und 10,8 Millionen Plätze für Geflügel beantragt. Die tatsächliche Zahl der Anträge liegt aber noch deutlich höher. Bayern lieferte keine Angaben zu Neuansträgen, und auch der niedersächsische Landkreis Cloppenburg verweigerte Auskünfte. Dabei ist Cloppenburg, neben dem Nachbarreis Vechta, der wichtigste Standort der deutschen Fleischproduktion.

Während immer mehr Fleisch von immer weniger Landwirten erzeugt wird, sinkt die inländische Nachfrage nach Schnitzel, Bratwurst und Salami seit Jahrzehnten. Der Verbrauch pro Kopf lag 1991 bei 64 Kilogramm, im Jahr 2000 waren es 61 und 2014 noch 60,4 Kilogramm.

Die zusätzliche Fleischproduktion geht daher in den Export. Neben asiatischen und osteuropäischen Märkten spielen dabei auch Entwicklungsländer zunehmend eine Rolle. Für die vielen Kleinerzeuger vor Ort bedeutet die billige Massenware aus dem Norden das Aus. Auch für die deutschen Mäster birgt die Exportorientierung Risiken, wie der seit Monaten anhaltende Preisverfall für Schweinefleisch auf dem Weltmarkt zeigt. Zudem bleibt Deutschland auf den Umweltschäden der Fleischproduktion sitzen, die zum Beispiel durch das Ausbringen der Gülle verursacht werden.

Fleischverbrauch und -verzehr



Für Säuglinge nicht geeignet

Pestizid-Rückstände in konventionellen Lebensmitteln besonders hoch

Von Stefan Sauer

Die meisten Lebensmittel aus konventioneller Landwirtschaft sind so stark mit Rückständen von Insekten- und Unkrautvernichtungsmitteln belastet, dass sie nicht als Säuglingsnahrung verkauft werden dürfen. Demgegenüber halten 95 Prozent der ökologisch erzeugten Produkte den Grenzwert für Säuglingsnahrung von 0,01 Milligramm pro Kilo ein. Das zeigt eine Studie, die der renommierte Pestizid-Experte Lars Neumeister im Auftrag der Grünen im Bundestag erstellt hat. Der Studienautor wertete die Ergebnisse von fast 58 000 Stich-

proben aus, die die Lebensmittelüberwachungsbehörden der 16 Bundesländer in den Jahren 2011 bis 2013 untersucht hatten. Eindeutiger hätte das Ergebnis kaum ausfallen können: In allen 37 Produktkategorien – vom Apfel bis zur Zitrone – wiesen Bio-Lebensmittel deutlich niedrigere Rückstandshalte auf als die konventionellen Vergleichserzeugnisse.

So enthielten normale Kiwis im Schnitt 3000-mal so hohe Pestizidkonzentrationen wie ökologisch erzeugte. Bei den elf ausgewählten Bio-Obstarten waren die Pestizidgehalte im Mittel 350-mal niedriger als im Obst aus konventioneller Produktion.

Die verbraucherpolitische Sprecherin der Grünen, Nicole Maisch, bezeichnete den Befund als erschreckend. „Vor allem Mehrfachbelastungen mit unterschiedlichen Pestiziden können zur Gefahr werden. Die Wirkung solcher Pestizidcocktails wird bei Zulassung und Risikobewertung völlig unzureichend berücksichtigt“, sagte sie der FR. Maischs Fraktionskollege Harald Ebner mahnte politische Konsequenzen an: „Minister Schmidt muss dafür sorgen, dass besonders fragwürdige Pestizide wie aktuell das wahrscheinlich krebserregende Glyphosat keine neue EU-Zulassung bekommen.“

BILDUNGSFÖRDERUNG – MIT NEUER ANLAGESTRATEGIE

Die Stiftung Polytechnische Gesellschaft fördert Bildung und soziales Engagement in Frankfurt. Sie vergibt Stipendien, fördert Lesekompetenz und Sprache und hilft Familien, die gerade ein Baby bekommen haben. Die Stiftung, die 2005 gegründet wurde, geht auf einen Bürgerverein aus dem Jahr 1816 zurück. Rund 5,5 Millionen Euro fließen pro Jahr in Projekte. Hilfe für Flüchtlinge wird auch in diesem Jahr ein großes Thema sein. Die Stiftung hat gemeinsam mit der Stadt Frankfurt die Koordinierungsstelle



HILFE FÜR WAISEN IN PERU – MIT SPENDEN

Die Armut der Landbevölkerung in Peru bekämpft die Stiftung „Herzen für eine Neue Welt“ in Königstein. Sie wurde vergangenes Jahr Stiftung des Jahres in Hessen. Die Einrichtung geht auf das Engagement des Ingenieurs Dieter Arnold zurück, der seit 1998 mit einem Verein Kinderdörfer, Bildungs- und Gesundheitszentren in den Hochanden aufgebaut hat, die mit rund 500 000 Euro im Jahr finanziert werden. Kurz vor seinem Tod im Mai 2014 hat Arnold eine Stiftung gegründet, die den Verein absichern



LEUKÄMIEFORSCHUNG – MIT BUSSGELD UND MIETEN

Alfred Gutermuth sieht in der Stiftung, die er 1998 mit seiner Frau Angelika aus Ersparnissen gegründet hatte, seine Lebensaufgabe. Die nach dem Ehepaar benannte Einrichtung mit Sitz in Frankfurt fördert Wissenschaft und Forschung auf dem Gebiet der bösartigen Erkrankungen des blutbildenden Systems, um die Überlebenschancen von Leukämiepatienten zu erhöhen. Ein Jahr nach Stiftungsgründung wurde das Vermögen vergangenes Jahr in eine Immobilie investiert, die sichere Mieteinnahmen bringen soll. res

